

Erich Reiter

Die strategische Situation im Osten der EU

1.) Zusammenfassung

Die strategische Situation im Osten der EU ist einem grundlegenden Wandel unterworfen. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ging man davon aus, dass ein stabiles, konstantes Europa versucht, den Raum jenseits seiner Ostgrenze – gekennzeichnet durch instabile Dynamiken und ständige Veränderungen – zu ordnen und zu stabilisieren. Die Erweiterungspolitik (sowohl in Osteuropa als auch am Balkan) – obwohl zu schnell und noch längst nicht EU-reife Länder verfassend – sollte parallel zur NATO-Erweiterung politisch stabilisierend und geopolitisch wirksam sein. Allerdings hat zwischenzeitlich die Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise die in Europa die Europäische Union selbst zu einem gewissen Grad destabilisiert und tief greifende Veränderung angestoßen – mit ungewissen Ausgang. Hingegen hat Putin in Moskau ein System repressiver Stabilität geschaffen, das nun versucht, diesen Raum mit eigenen, den europäischen Ordnungsvorstellungen entgegengesetzten Ideen der sozialen und politischen Ordnung zu durchdringen.

Die EU ist für diese Herausforderung schlecht gewappnet. Ihre Mitgliedstaaten sind uneins, wie sie mit der Lage umgehen sollen. Jenseits der Assoziierungs- und Erweiterungspolitik gibt es keine strategischen Konzepte. Österreich hat, obwohl erhebliche finanzielle und wirtschaftliche Interessen im Raum nachweisbar sind, diese Region in der Prioritätenliste nicht sehr weit vorne angesetzt. Dennoch soll der Versuch unternommen werden, zu skizzieren, wie mögliche Politikkonzeptionen für diesen Raum aussehen könnten.

2.) Die strategische Lage

Im Rahmen der Außenpolitik erfolgt ein ständiger Interessensabtausch um die Einrichtung von zwischengesellschaftlichen Transaktionen wie den diese regulierenden Ordnungen. „Sicherheitspolitik“ sieht vor, den Zusammenbruch dieses diplomatischen Prozesses durch die Rückbehaltung militärischer und anderer Zwangsmittel hintanzuhalten und – sollte er dennoch zusammenbrechen – im Krieg die jeweils auf dem Spiel stehenden Interessen zu wahren.^{1[1]}

^{1[1]} Abgewandelt nach : Klaus Faupel, "Zum Stellenwert der Macht in der internationalen Politik: Eine

Dabei ist die Antizipation konkurrierender Interessen und das glaubhafte Aufbereiten von Gegenaktionen um die jeweils andere Seite davon abzuhalten, es auf einen solchen Zusammenbruch ankommen zu lassen, eine entscheidende Facette dieses Spieles, das in der populären Darstellung auch als „Risikobewertung“, „vorsorgende Außenpolitik“, „proaktive Sicherheitspolitik“ oder ähnlich benannt wird.

Es gilt also festzustellen, welche Partei bei einem Zusammenbruch des bisherigen Ordnungsrahmens zwischengesellschaftlicher Transaktionen etwas zu verlieren hätte und wer auf einen gewaltsamen Zusammenbruch dieser Ordnung hinarbeitet, bzw. es auf diesen ankommen lassen könnte. Daraus ergeben sich recht einfach Forderungen nach Absicherungen, bzw. Schlussfolgerungen über mögliche Kontrahenten und Bündnispartner. Eine Umsetzung dieser Absicherungsbemühungen ist wiederum eine Frage der zur Verfügung stehenden Ressourcen sowie des Willens, Handlungen auch gegen Widerstände zu setzen. Letztere werden hier allerdings nicht beurteilt.

2.1.) Russland und seine Interessen

Um die Bewertung des russischen Regimes rankt sich auch im deutschsprachigen Raum eine hitzige Diskussion, deren Darstellung und Kommentierung den Rahmen dieses Artikels sprengen würde.^{2[2]} Die innenpolitische Konsolidierung und Restauration eines autoritären Herrschaftssystems, der unmittelbaren, direkten Kontrolle des politischen Diskurses, der Medienlandschaft, aller relevanter Wirtschaftszweige wie auch weite Teile der Zivilgesellschaft war für Putin und seine Entourage weder Selbstzweck noch kleptokratische Bequemlichkeit. Sie dienen der Absicherung eines sozialen und politischen Gestaltungsprojektes, dass die russische Gesellschaft nach „eurasischen“ Werten^{3[3]} formen sollte: Traditions- und Autoritätsbewusstsein, zentrale Stellung der orthodoxen Kirche und des christlichen Glaubens in Staat und Gesellschaft, sozialdarwinistischer Überlebenskampf und Militarisierung der Gesellschaft, traditionelles Familien- und Geschlechterverständnis,

systematische Übersicht über den Objektbereich," in: Peter R Weilemann, Hanns Jürgen Kusters, Günter Buchstab (Hrsg.), Spurensuche: Ein Jahrhundert in Deutschland verstehen (Festschrift für Hans-Peter Schwarz), Paderborn 1999, 481-496.

^{2[2]} Als kurze Übersicht über den Themenbereich kann nahegelegt werden: Internationales Institut für Liberale Politik Wien, Russland modernisiert sich – oder doch nicht?, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe, Heft 36/37, Wien, Dezember 2011; Maria Lipman, Nuikolai Petrov (Hg.), Russia in 2020, Scenarios for the Future, Carnegie Endowment for International Peace, Washington D.C. et.al., 2011; Richard Sakwa, Putin, Russia's choice, second edition, Routledge, London, New York, 2008; Lilia Shevtsova, Russia, Lost in Transition, The Yelzin and Putin Legacies, Carnegie Endowment for International Peace, Washington D.C., et.al., 2007;

^{3[3]} Der sogenannte „Eurasismus“ ist eine russische Spielart des europäischen Faschismus. Russland wird demnach als Zentrum einer eigenen Zivilisation, die im ewigen Wettstreit mit dem Westen liegt betrachtet. Westliche Normen wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sein partikular-westlich und in Russland nicht anwendbar. Schlimmer noch, sie dienen nur der Zersetzung des russischen Wehrwillens durch Einflussagenten Washingtons. Russland brauche eine starke, autoritäre Hand, um sich gegen den Westen zu behaupten, wieder zur Weltmacht aufzusteigen und den Orthodoxen Raum zu beherrschen. Imperialismus, Militarismus, Homophobie und latenter Rassismus prägen das Weltbild des Eurasismus. Vgl.: Alan Ingram, Alexander Dugin: geopolitics and neo-fascism in post-Soviet Russia, in: Political Geography, Vol.20, No.8, November 2001, S.1029-1051; John B. Dunlop, Alexander Dugin's "Neo-Eurasian" Textbook and Dimitrii Trenin's Ambivalent Response, in: Harvard Ukrainian Studies, Vol.25, No.1, Spring 2001, S.91-127;

ausgeprägter Etatismus, organisches Staatsverständnis, Primat von Kollektiv- über Individualinteressen und –rechte, Staatskapitalismus, Kulturrelativismus bei gleichzeitigem Überlegenheitsgefühl und Antiliberalismus.

War die Errichtung eines „neuen Russlandes“ bis jetzt in erster Linie ein innenpolitisches Projekt, sieht sich Russland heute stark genug, um den Großteil des Raums der ehemaligen Sowjetunion nach „eurasischen Grundsätzen“ neu zu ordnen. Dabei wird auch die Machtvertikalisierung aus dem russischen politischen System in die russische Nachbarschaft projiziert: die Staaten der russischen Einflusszone werden als nicht vollständig souverän angesehen, wichtige außen- und wirtschaftspolitische Fragen werden unilateral in Moskau entschieden.

Eine Reintegration des postsowjetischen Raumes erreichen zu wollen ist aus Sicht russischer Außenpolitik nichts Neues. Allerdings waren die Versuche dies zu erreichen mangels Attraktivität des russischen Herrschafts- und Wirtschaftsmodells und wegen der begrenzten Möglichkeit russischer Machtprojektion bisher von bescheidenem Erfolg. Nun scheint sich das Blatt zumindest teilweise gewendet zu haben. Mit der Zollunion und der für 2015 geplanten „Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft“ glaubt Russland eine angemessene Form wirtschaftlicher und politischer Integration gefunden zu haben. Auch das Machtpotential Moskaus ist in der letzten Dekade – vornehmlich dank Energieexporten – erheblich gestiegen. Dennoch hat Moskau einige Probleme, seine Ordnungsvorstellungen als glaubwürdige Alternative zu einer euro-atlantischen Integration darzustellen, insbesondere wenn die Meinung der Bevölkerungen, nicht die der Eliten gefragt ist.

Denn erstens besteht die Gleichheit der Mitglieder der Zollunion und der Eurasischen Wirtschaftsunion nur auf dem Papier. In Realität ist bewusst, dass allein der Kreml den Taktstock in der Hand führt. Deshalb stehen manche Länder wie Moldawien, Georgien und Aserbaidschan einer solchen Bevormundung sehr ablehnend gegenüber.

Zweitens sind die wirtschaftlichen Anreize einer Integration der ehemaligen GUS- Staaten gering. Die wichtigsten Absatzmärkte für diese Länder (das schließt Russland mit ein) liegen in Europa oder Ostasien. Technologie und Knowhow wird ebenso aus dem Westen oder Asien importiert. Die russische Wirtschaft kann den anderen ökonomischen Systemen kein Modernisierungsmuster oder Knowhow bieten – bestenfalls Geld zur Bestechung gewisser Elitenfraktionen. Um jedoch eine dauerhafte ökonomisch-technische Modernisierung zu erreichen, muss Russland selbst Richtung Europa schauen. Die Ukraine, Moldawien oder Georgien täten dies gerne selbst, ohne dabei von Russland bevormundet zu werden. Es besteht also jenseits der hegemonialen Ambitionen Russlands kein Grund für die Errichtung dieser

Organisationen. Doch was Russland an Attraktivität fehlt, scheint es durch einen entschlossenen und zielgerichteten Einsatz seiner Machtmittel wieder wettmachen zu können. Inwieweit die Pläne Moskaus, den Osten Europas unter seine direkte Kontrolle zu bringen den europäischen Interessen zuwiderläuft ist in Europa selbst umstritten. Skandinavische und mitteleuropäische Staaten, insbesondere jene, die selbst einmal unter sowjetrussischen Einfluss standen, warnen davor, dass Russland ein Erstarken im Osten in erster Linie auch zu einem forschenden, fordernden, wenn nicht feindselig-aggressiven Auftreten gegenüber Europa nutzen wird. In Westeuropa, insbesondere Deutschland, verweist man hingegen auf die engen ökonomischen Bande, die Moskau angeblich an Europa binden. Dass sich in Deutschland und Österreich im Zeichen der Eurokrise, Zuwanderungsdebatte und NSA-Affäre die Unzufriedenheit mit dem euro-atlantischen Ordnungsrahmen auch in der Suche nach ordnungspolitischen Alternativen manifestiert und sich dabei die Sehnsucht nach einem starken, entscheidungsfähigen Führer an der Person Putins festzumachen scheint, dürfte auch eine Rolle spielen. Auch scheint der russische Eurasismus am rechten Rand Europas – und in der SPD – auf politische Resonanz zu stoßen.^{4[4]}

2.2.) Geopolitisches Spannungsfeld Ukraine

Angesichts der aktuellen Ereignisse in der Ukraine mit der faktischen Inbesitznahme der ethnisch-russisch dominierten autonomen Republik der Krim durch Rußland, fragen sich viele, ob wir vielleicht am Beginn eines neuen Kalten Krieges stehen.

Das wohl nicht. Denn der so genannte Kalte Krieg war eine Auseinandersetzung zweier Systeme, nicht nur machtpolitisch und militärisch sondern auch weltanschaulich und ökonomisch. Und es ging schlicht und einfach um die Weltherrschaft.

Wir haben es heute mit dem Konflikt in der und um die Ukraine um eine Auseinandersetzung auf wesentlich niedriger Stufe zu tun: Es geht „nur“ um den Ausbau des Einflussbereiches Russlands und zugleich um die Begrenzung des Einflussbereichs der EU (und auch der USA).

Wir haben es mit einer geopolitischen Auseinandersetzung zu tun und sollten daher betrachten, wie sich diese entwickelt hat.

Der Osten Europas hat nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation, die man vereinfacht den Kalten Krieg nennt, entscheidende geopolitische Veränderungen erfahren. Mit dem Ende des Warschauer Pakts und dem Zerfall der Sowjetunion hat 14 (bzw. wenn man die Slowakei mitrechnet 15) neue Staaten hervorgebracht (und einer ist verschwunden – DDR) und einer

^{4[4]} Elena Servettaz, Putin's Far Right Friends in Europe, Institute of Modern Russia Online, 17.01.2014;

Reihe von Ländern aus dem Satellitenverhältnis zur Sowjetunion befreit und zu selbständig handlungsfähigen Subjekten gemacht (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien). Mit dem gewalttätigen Zusammenbruch Jugoslawiens kamen nochmals 6 neue Staaten hinzu. Diese Periode war die größte Veränderung der europäischen Staatenwelt in der Neuzeit und übertraf in ihrer Bedeutung die Veränderungen des Ersten Weltkrieges und revidierte auch die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges in Europa.

Eine unipolare Weltordnung unter der gestalterischen Dominanz der USA schien zu entstehen; der amerikanische Politologe Francis Fukuyama prägte den weltweit bekannt gewordenen Satz vom „Ende der Geschichte“, weil sich die westlichen Werte Demokratie und Marktwirtschaft global durchgesetzt hatten.

Aus der Weltmacht Sowjetunion wurde die bescheidene Regionalmacht Russland, die auch im Begriff war, ihre traditionellen Einflussgebiete in Osteuropa, am Kaukasus und in Zentralasien zu verlieren. Dem machtpolitischen folgte der ökonomische Zusammenbruch; Russland wurde zu einem Schwellenland, das überwiegend vom Rohstoffexport lebt und sehr stark von der Entwicklung der globalen Öl- und Gaspreise abhängt. Unter der Führung Putins hat Russland dann begonnen, sich sowohl gegen seinen weltpolitischen Abstieg als auch gegen den Verlust von Einfluss in seinen „Hinterhöfen“ zu wehren. Für ersteres hat er die Methode entwickelt, sich prinzipiell an den USA zu reiben; erst wenn man mit Russland verhandelt, kann sich eine Lösung internationaler Probleme entwickeln und er hat den Eindruck vermitteln können, dass ohne oder gegen Rußland nicht viel geht. So zuletzt etwa hinsichtlich des Bürgerkriegs in Syrien (- wo allerdings auch mit Rußland nichts geht). Obwohl Russland die ökonomischen Voraussetzungen für eine globale Großmachtrolle trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahre bei weitem fehlen, konnte Putin den Eindruck eines politisch machtvollen Russland erwecken; die westeuropäische Presse liebt es geradezu, sich vor dem Schwellenland Russland zu fürchten. Tatsächlich aber hängt Russland sehr stark vom Westeuropa ab, das sein zahlungsfähiger Abnehmer von Erdgas- und Erdölprodukten ist, ohne deren Exporte Russland wirtschaftlich zerstört wäre. In den europäischen Ländern herrscht aber nach wie vor die verzerrte Vorstellung, dass sie vom russischen Gas abhängen würden.

Durch das Entstehen der vielen neuen Staaten ergab sich das Erfordernis, neue Ordnungsverhältnisse zu schaffen, denn die UNO alleine reicht nicht aus, um chaotische internationale Verhältnisse hintan zu halten. Dabei kam und kommt es nun zwangsläufig zu Interessenskollisionen. Die Hauptakteure dabei sind einmal Russland. Auf der anderen Seite die EU sowie einzelne Mitgliedsländer (wie Frankreich, Deutschland und Polen), die auch

ihre eigenen nationalen Interessen einzubringen versuchen. Schließlich die USA als „global player“. (Hinsichtlich der Neuordnung Zentralasiens müsste man noch China als Akteur nennen.)

Es geht beim geopolitischem Spiel auch um die südkaukasischen Länder Armenien Aserbaidschan und Georgien, es geht auch um das an Rußland orientierte Weissrußland, aber insbesondere geht es um die Ukraine, die sowohl durch die geographische Lage als auch aufgrund der Größe einen besonderen Stellenwert hat.

Die EU setzt in ihrer Stabilisierungspolitik auf das was sie kann: Wirtschaftliche Anbindung und Integration, allenfalls die Perspektive der Mitgliedschaft, die schon in manchen Fällen große Reform- und Kooperationsbereitschaft ausgelöst hat. Paradebeispiel war die große Osterweiterung der EU, wobei durchaus noch nicht EU- reife Länder aufgenommen wurden, um dadurch eine Stabilisierung in Ost- und Ostmitteleuropa zu erreichen. Gleichzeitig wurde dadurch auch der Einflussbereich Rußlands begrenzt - oder noch genauer: einer späteren Rückkehr Russlands als Machtfaktor vorgebaut.

Russland war über diese EU-Erweiterung natürlich nicht erbaut, insbesondere aber über die parallel dazu erfolgte Erweiterung der NATO verärgert. (Alle neuen EU-Mitglieder im Osten sind auch bei der NATO.) Für die USA die Erweiterung der NATO das probate Mittel, um definitive Verhältnisse zu schaffen, sprich: den Raum Russlands zu begrenzen. Die USA haben zwar keine Ursache , Russland als Rivalen auf der Weltbühne zu fürchten (das wird sehr bald China sein), den dazu sind die Machtverhältnisse auch in den kommenden Jahrzehnten zu eindeutig auf amerikanischer Seite. Aber Russland ist für eine global wirksam Macht wie die USA auch da und dort ein regionaler Konkurrent, den man kurz halten möchte. Die Ukraine hat nach der „orangen“ Revolution mit der Idee einen NATO-Mitgliedschaft geliebäugelt und insbesondere die Annäherung an die EU betrieben. Letzteres ist auch in der Ära Janukowitsch nicht aus dem Auge verloren gegangen. Konkret ging es um die Annäherung an die EU durch den Abschluss eines Assoziations- und Handelsabkommens. Dieses wäre aber nach zutreffender Ansicht Russlands ein Verlassen des bisher mehr oder weniger neutralen Lavierens der Ukraine zwischen Russland und dem Westen gewesen. Die russische Abwehr gegen diese Ambitionen, die den eindeutigen Verlust von Einfluss auf die Ukraine bedeuten würden, war und ist der Versuch, neben Weissrußland und Kasachstan auch die Ukraine (und weitere Länder des postsowjetischen Raums) in eine gemeinsame Zollunion und eine „Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft“ einzubinden. Das Abhalten der Ukraine von einer klaren Westbindung war dabei das Minimalziel der russischen Politik. Das schien zuletzt zu gelingen und ist nun durch den Sturz des Regimes Janukowitsch wieder in Frage

gestellt. Daher hat Russland der Ukraine Probleme geschaffen: die Aufnahme des (rechtmäßig gesehen wohl noch immer legalen) Präsidenten Janukowitsch und die Besetzung der Krim. Russland wird wohl auch - wie das umgekehrt Amerikaner und Europäer taten – pro-russische bzw. anti-westliche Gruppen in der Ost- und Südukraine unterstützen. Es wird also Destabilisierungsmaßnahmen setzen bzw. hat solche schon gesetzt, um der prowestlichen Regierung die Arbeit zu erschweren und sie insbesondere von der EU-Integration abzuhalten. Es ist unter diesen Umständen verständlich, dass Länder wie Deutschland beharrlich den Dialog mit Russland suchen; denn Russland hat die besseren Karten. Wie schon im kurzen Krieg mit Georgien kann es nämlich auch diesmal Nachricht an seine Nachbarn verkünden: Wie sind nahe und sind bereit auch Gewalt anzuwenden; Die USA sind weit weg und werden wegen Kleinigkeiten wie Abchasien, Südossetien oder der Krim keinen Krieg gegen uns führen; die EU ist nur ein Papiertiger, der in Machtfragen irrelevant ist.

In Krisen und Konflikten wie dem in der Ukraine und um die Krim kann man seriöser Weise die künftige Entwicklung nicht voraussagen. Zu viele Variable sind im Spiel und Zufälle können entscheiden. Logischerweise müsste es aber so weitergehen, dass Russland auf längere Zeit an einer Destabilisierung der Ukraine weiterarbeitet, dass die Krim ein von Russland anerkannter eigener Staat wird und die Anbindung der Ukraine an die EU zumindest verzögert wird.

Das Horrorszenario wäre ein Bürgerkrieg in der Ukraine; in diesem Fall könnte russisches Eingreifen nicht ausgeschlossen werden mit der Folge entweder eine weiteren Eskalation, die zumindest eine Eiszeit zwischen dem Westen und Russland brächte. Es droht uns also wohl kein zweiter Kalter Krieg, wohl aber ist eine Destabilisierung Osteuropas möglich.

Eines könnte Russland mit seiner jüngsten Politik aber erreicht haben, das es so sicher nicht wollte: Dass nämlich die USA sich wieder stärker um Europa kümmern und engagieren.

2.3.) Ukraine und Moldawien

Aus europäischer Sicht nehmen die Nachbarstaaten Weißrussland, Ukraine und Moldawien eine geografische Sonderrolle ein, da sie direkt an die EU grenzen und sich somit im Falle einer politischen Einigung – anders als etwa im Südkaukasus - eine tatsächliche Anbindung oder Integration leicht umsetzen ließe. Im Falle Weißrusslands ist eine solche Frage freilich auf absehbare Zeit eine rein akademische. Es wird autoritär regiert und ist politisch, militärisch und wirtschaftlich eng an Russland gebunden.

Moldawien^{5[5]} hingegen versuchte seit den 2009 durch eine engagierte Reformpolitik sich der Europäischen Union anzunähern. Die Erfolge der Regierung Filat sind – vor allem verglichen mit der Ausgangslage von vor 2009 – beachtlich und zeigen, dass eine halbwegs geeinte und zielstrebige Reformregierung durchwegs in der Lage ist, das Land politisch und wirtschaftlich umzugestalten. Dabei die geringe Größe Moldawiens hierbei auch ein gewisser Vorteil. Immerhin ist Moldawien nach dem - zumindest vorläufigem - Ausbrechen der Ukraine zum Vorzeigestaat der Ostpartnerschaft geworden. Bleibt freilich noch das Problem Transnistrien. Hier war vor allem Deutschland voller Hoffnung, den Konflikt im Einvernehmen mit Russland lösen zu können – vor allem als Medwedew das Präsidentenamt in Russland innehatte. Im „Meseberger Memorandum“ wurden Schritte zur Lösung des Konfliktes als Gegenleistung für russisch-europäische „Modernisierungspartnerschaften“ vereinbart. Obwohl gerade Deutschland seine Vorausleistung brachte (allerdings aus ökonomischem Eigeninteresse, nicht dem Transnistrienkonflikt zu liebe), rührte sich die russische Position nicht. Im Zuge der möglichen Paraphierung eines Assoziierungsabkommens der EU mit Moldawien drohte Russland, den Transnistrienkonflikt „aufzutauen“, sollte sich Moldawien tatsächlich an die EU annähern^{6[6]} – ein Beleg dafür, dass Russland am Erhalt der Territorialkonflikte im Raum interessiert ist, um sich weiteren Einfluss in Machtfragen dieser Staaten zu sichern. Importbeschränkungen für moldauische Waren waren ein anderes Mittel zur „Warnung“ von der EU- Integration.

Im Schwergewicht der europäischen Politik steht aber die Ukraine.^{7[7]} Sie ist mit knapp 46 Millionen Einwohnern und einem BIP von 167 Mrd. Dollar nicht nur mit Abstand der größte Markt unter den Staaten der Ostpartnerschaft, sie ist auch strategisch politisch ein wichtiger Ankerstaat. Sollte es Russland gelingen, die Ukraine in seinen Orbit einzuverleiben, wäre seine Rolle gegenüber Europa, besonders gegenüber den Kleinstaaten in Mitteleuropa, erheblich gestärkt. Andererseits sollte die Ukraine den Weg der Europäisierung einschlagen, so würde dies – so hofft man zumindest in Warschau und Stockholm – auch reformorientierten Gedanken das Tor nach Moskau öffnen.

Seit Präsident Janukowitsch 2009 an die Macht kam, war jedoch das europäisch-ukrainische Verhältnis nie friktionsfrei. Janukowitsch suchte jeweils einen Schlingerkurs zwischen Brüssel um Moskau zu fahren. Um strategische Visionen ging es dabei weniger, vielmehr

^{5[5]} Die Beschreibung der Lage in Moldawien fußt vor allem auf den jeweiligen Artikeln aus: Erich Reiter (Hg.), Problemlage und Lösungsansätze im Transnistrienkonflikt, Schriftenreihe zur Internationalen Politik, Band 5, Wien, Köln, Weimar, 2012;

^{6[6]} Vilnius: Now What for Georgia and Moldova? Charnegieeuropa.eu/strategieeuropa/?fa=53696&reloadFlag=1

^{7[7]} Zur Situation in der Ukraine bis zu den Unruhen: Erich Reiter (Hg.), Entwicklungsszenarien in Osteuropa – mit Schwerpunkt Ukraine, Schriftenreihe zur internationalen Politik, Band 4, Böhlau, Wien, Köln, Weimar, 2011;

suchte er seinen Machterhalt, eine gewisse Einschränkung der Presse- und Redefreiheit wie eine „Dienbarmachung“ der Justiz sowie die freie „Geschäftsentfaltung“ seiner Familie und engster Freunde abzusichern. Ist eine Rückendeckung aus Moskau dienlich für den eigenen Machterhalt (mit quasi-autoritären Mitteln), so ist Russland für im ökonomischen Bereich problematischer. Nicht nur dass der Modernisierungsmoment ausbleibt. Die russische Staatswirtschaft streckt selbst ihre Fühler nach ukrainischen Unternehmen aus. Ein Aufkauf ukrainischer Gas-, Stahl- und Maschinbaukonzerne würde jedoch auch die Bereicherungsmöglichkeiten von Janukowitsch und seinem Freundeskreis einschränken. Die jetzige Macht- und Wirtschaftselite drohe im Fall einer Integration in die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft zu weisungsgebundenen Stadthaltern „Kleinrusslands“ zu verkommen. Hiergegen wäre eine Annäherung an den großen europäischen Binnenmarkt und das lukrieren europäischer Investitionsgelder ein Gewinn.

Der Schlingerkurs der Regierung Janukowitsch nahm im Dezember dramatische Züge an, als eine Woche vor dem Partnerschaftsgipfel in Vilnius die Regierung ankündigte, das Abkommen nicht zu unterschreiben und stattdessen eine weitere Annäherung an Russland zu suchen.^{8[8]} Wirtschaftlicher und subversiver Druck auf die Ukraine seitens Moskaus war für den letztlich erfolgten Kurswechsel Kiews nicht unerheblich.^{9[9]} Die Ukraine wurde damit – entgegen dem Mehrheitswunsch der Bevölkerung – in den russischen Orbit gezwungen. Jede weitere Annäherung an die EU ist untersagt. Zwar dementierte Janukowitsch, der von Russland angeführten Zollunion beitreten zu wollen. Die weitere Annäherung an die EU aber war gestoppt. Für Europa schien die Ukraine damit verloren – zumindest bis zum nächsten Regimewechsel in Moskau. Für die Ukraine bedeutete dies das Ende der Multivektoren-Politik oder der Mittelposition zwischen Europa und Russland. Weder Brüssel noch Moskau wollen mit dem Status Quo leben oder zu Status Quo Ante zurück.^{10[10]}

Die Ereignisse im Jänner und Feber 2014, die schließlich zum Umsturz und zur Absetzung

^{8[8]} Nine Years after start of Orange Revolution, Kyivans take to streets in protests of scuttled EU deal, Kyiv Post Online, 22.November 2013; Ukraine President firm over EU U-turn, amid protests, BBC News Online, 25. November 2013;

^{9[9]} Der subversive Druck bezog sich auf die Möglichkeit Russlands, durch Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft (darunter auch paramilitärisch organisierte Kosakenverbände) die inneren Unruhen zu verstärken. Sollte die Polizei auch gegen diese eingreifen, sähe sich Moskau „gezwungen“, zum „Schutz eigener Staatsbürger im Ausland“ einzuschreiten. Dass damit im Zuge bilateraler Gespräche am 20. November 2013 gedroht wurde (ein Tag vor der Aufkündigung der Verhandlungen zur Unterzeichnung der Assoziierungsankommens durch die Ukraine) wurde von einige ukrainischen Oppositionspolitikern nahe gelegt. Auch in der Vorwoche verlautbarten sprecher des Kremls, im Falle einer Ratifizierung des EU-Assoziierungsabkommens separatistische Kräfte in der Ukraine zu unterstützen. Vgl.: Russia threatens to back Ukraine split, The Times (London) Online, 23. September 2013;

^{10[10]} Ivan Krastev, Who lost Ukraine? In: Project Syndicate, 19. dezember 2013, <http://www.project-syndicate.org/commentary/ivan-krastev-looks-at-what-is-at-stake-for-europe-and-russia-in-kyiv-s-mass-protests>

Janukowitsch` führten, brachten dann eine völlig neue Situation. Einerseits eine stark proeuropäische Orientierung der Ukraine, andererseits die Intervention Russlands in der Krim und die Bedrohung der Ukraine zur ganze eindeutigen Wahrung der russischen Interessen. (Siehe Exkurs: Die Ukraine im geopolitischen Spannungsfeld.)

Europa war auf diese Situation ebenso wenig vorbereitet wie auf die vorhergehende Herausforderung und natürlich zu keiner einheitlichen maßgebenden Reaktion fähig. Was bedeutet dies aber für das internationale Ansehen und den Einfluss Europas, wenn es tatenlos mit ansieht, wie vor seiner Nase ein mittelgroßer Staat zuerst zu einer außen-, innen-, wirtschaftspolitischen Kurswende gezwungen wird und anschließend einer militärischen Bedrohung aufgrund eine neuerlichen proeuropäischen Kurswechsels ?

Für Russland stand und steht mit der Ukraine vor allem politisch viel auf dem Spiel. Die gesamte eurasische Integrationsidee – die Schaffung einer großrussischen Einflusszone und der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Neuordnung des Raumes nach „eurasistischen“ Grundzügen – wäre ohne die Ukraine keine große Lösung. Auch nimmt der Eurasismus als Erneuerungsideologie Russlands historisch-ideologischen Bezug zur alten Kiewer Rus als nationalmythologischen Ausgangspunkt der russischen Zivilisation. Die eigene „Wiege“ in „Feindeshand“ fallen zu lassen wäre daher eine ideologisch-weltanschauliche Niederlage für Russland.

2.4.) Der Südkaukasus

In den 90er Jahren kam der Südkaukasus als mögliche „Brücke“ nach Zentralasien oder wichtiger „Energiekorridor“ für den Transport scheinbar riesiger Rohstoffreichtümer des Kaspischen Beckens nach Europa in die politische Mode. Mehr als zehn Jahre später ist davon nicht mehr viel zu spüren. Die Öl und Gasvorkommen sind kleiner als gedacht, das was vorhanden ist schon aufgeteilt und in Zentralasien weiß man nach wie vor nicht, was man dort suchen sollte um eine Brücke dorthin zu benötigen.

Aber der Südkaukasus ist (nach wie vor) eine Region ungelöster Konflikte und machtpolitischer Spannungen. Die Sturheit regionaler Konfliktparteien, auf territorialen Maximalforderungen zu bestehen, wie die Politik Russlands, die Staaten der Region durch das Schüren territorialer Konflikte zu destabilisieren, haben die Region nicht aus den Debatten um Krisennachsorge und Krisenmanagement gebracht. Aserbaidshans hält zumindest offiziell noch die Drohung aufrecht, sich Berg-Karabach mit Waffengewalt zurückzuholen. Öldevisen hätten die materielle Ausstattung seiner Streitkräfte, türkische Militärberatung deren Qualität

steigern sollen. Ob es reicht, um einen offensiven Krieg in unvorteilhaftem Gelände gegen einen hoch motivierten und gut ausgebildeten Gegner führen zu können, bleibt abzuwarten.^{11[11]} Militärisches Risiko und wirtschaftliche Blockade haben Armenien enger an Russland gebunden. Bereits 2012 wurde im Zuge eines neuen Freundschafts- und Beistandsvertrages der Ausbau der militärischen Präsenz Russlands in Armenien vereinbart.^{12[12]} Diese erfüllt jedoch nicht nur ihre Abhaltewirkung gegen Aserbaidschan. Eine stärkere russische Präsenz im armenischen Norden ist vor allem auch ein Signal an Georgien, im Falle eines Konfliktes einen Zweifrontenkrieg zu riskieren. Der Anschluss Armeniens an die Zollunion war aus der gegebenen politischen Situation erwartbar.

Anders sieht die Lage freilich in Georgien aus. Nach dem Krieg 2008,^{13[13]} in dem sich die georgische Führung leichtfertig zu einer Eskalation der Lage verleiten ließ, viel die Popularität Saakaschwilis dramatisch ab. In den Parlamentswahlen 2012 und schlussendlich Präsidentschaftswahlen 2013 erlitt seine Partei empfindliche Niederlagen. Aber der Wechsel der regierenden Fraktion brachte keine Wechsel der außenpolitischen Ziele mit sich: Georgien strebt nach wie vor den Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO an. Die russischen Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten: die militärische Präsenz in Abchasien und Südossetien wird weiter ausgebaut, gleichzeitig wurden Provokationen an der georgisch-südossetischen Grenze häufiger. Nicht nur, dass Russland Ossetien hermetisch vom Rest Georgiens abzuschotten sucht, es verlegt die beanspruchte Grenze auch scheinbar weiter nach Georgien. Es darf erwartet werden, dass nach Ende des „olympischen Friedens“ (Winterspiele 2014 in Sotschi) derartige Aktionen wieder häufiger stattfinden. Auch die neue georgische Führung soll entweder soweit eingeschüchtert werden, sich dem russischen Willen zu beugen oder durch Provokationen zu „Fehlern“ verleitet werden, die Russland die Chance geben, die Angelegenheit militärisch zu bereinigen. Auch in diesem Fall wäre Europa mit der Lage überfordert. Man hat zwar mit der EUMM eine symbolische Präsenz im Raum aufgebaut, kann aber kaum auf eskalative Szenarien reagieren.

3.) Eine europäische Politik?

Die europäische Politik gegenüber Osteuropa ist eine Fortsetzung der seit den 90ern

^{11[11]} Zur Lage im Bergkarabach-Konflikt siehe: Erich Reiter (Hg.), Der Krieg um Berg-Karabach, Krisen und Konfliktmanagement in der Kaukasus-Region, Schriftenreihe zur Internationalen Politik, Band 2, Böhlau, Wien, Köln, Weimar, 2009;

^{12[12]} Siehe zu neuen Entwicklungen der strategischen Situation am Südkaukasus: Eugene Kogan, Armenia's and Georgia's Security Agenda, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des IILP, Wien, Juli 2012;

^{13[13]} Zu diesem Krieg und der Lage in Georgien sei verwiesen auf: Erich Reiter (Hg.), Die Sezessionskonflikte in Georgien, Schriftenreihe zur internationalen Politik, Böhlau, Wien, Köln, Weimar, 2009;

vorgetragenen Assoziierungs- und Erweiterungspolitik. Gegen die Übernahme des Aquis Communautaire, politische Reformen, Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung der Menschenrechte werden graduelle Annäherung und Einbindung an die EU und deren Binnenmarkt angeboten. Nach dem Prinzip Mehr für Mehr soll in der 2009 ins Leben gerufenen Ostpartnerschaft der Grad der Integration vom Grad der Reformbereitschaft abhängig gemacht werden und so die jeweilige länderspezifische EU Politik zielgerichteter gestaltet werden. Ob das Endziel der Vollmitgliedschaft für die Staaten der Ostpartnerschaft genannt werden sollte, war lange umstritten. Gegenwärtig wird die Beitrittsperspektive weder versprochen noch abgelehnt.

Heute ist diese Art europäischer Außenpolitik aber überholt. Das erste Problem europäischer Ostpolitik ist die unsichere Erweiterungsperspektive. Die EU folgt im Grunde noch dem institutionellen Gefüge von 1992, grundlegende Änderungen haben sich nicht ergeben. Schlimmer noch, seit Maastricht wurde die intergouvernementale Schiene der EU stets gestärkt. Die GASP und die Währungsunion sind rein intergouvernementale Projekte, ohne nennenswerte Rolle der Kommission oder des EuGH. Der Fiskalpakt und der ESM schließen sich dieser Architektur an.^{14[14]} Nicht nur dass sich die bisherigen intergouvernementalen Projekte (GASP, Euro) politisch weit instabiler und ineffizienter erwiesen als etwa das supranational verwaltete Projekt des Binnenmarktes, die EU ist damit auch extrem anfällig hinsichtlich einer Erhöhung der Anzahl der Mitgliedstaaten (vor allem auch der Euro-Staaten) geworden. Denn desto mehr Regierungen an einem Tisch sitzen, desto schwieriger wird es, einstimmige Entscheidungen zu treffen. Trotz aller Lippenbekenntnisse zur Ausdehnung von Mehrheitsentscheidungen, die EU ist durch die Vertragsreformen der Vergangenheit immer weniger in der Lage, neue Mitglieder aufzunehmen. Dies weiß man mittlerweile in den Hauptstädten östlich der derzeitigen EU -Außengrenze. Wie soll man dort jedoch eine Politik rezipieren, die auf einen Beitritt ausgelegt ist, der nicht kommen wird?

Zweitens spielt Russland machtpolitisch in einer „höheren Liga“ als die Europäische Union. Die Zollunion und die zu errichtende Eurasische Union waren seinerzeit von Brüssel belächelt worden. Ökonomisch, so heißt es, macht der Zusammenschluss von ähnlich strukturschwachen, sich nicht ergänzenden Volkswirtschaften wenig Sinn. Doch die Eurasische Wirtschaftsunion ist nicht nur ein wirtschaftliches Integrationsprojekt, sie ist vor allem eine politische Ordnungsidee! Sie dient der Verwirklichung machtpolitischer Zielsetzungen und wird mit machtpolitischen Mitteln verfolgt und vorangetrieben. Sie ist nicht nur ordnungspolitischer Gegenpol zu EU, Russland ist vor allem bereit durch das Andrehen der Eskalationsschraube die wirtschaftlich-diplomatischen Wettbewerbsregeln

^{14[14]} Piotr Buras, The EU's silent revolution, ECFR Policy Brief, 04. September 2013;

auszuhebeln und auf der übergeordneten Ebene – Einsatz von direkten Druckmitteln und der Drohung sowie der Drohung oder Einsatz von Gewalt – das Spiel fortzusetzen. Auf diesen Ebenen kann oder will aber Europa nicht spielen.

Die Europäische Union traf die scharfe russische Reaktion wie auch den russischen Druck auf die Ukraine und die russische Intervention in der Krim ziemlich unvorbereitet. Sie hatte weder den Mut, gegen Moskau aufzustehen, noch den Willen, der Ukraine ein Gegenangebot zu legen. Erst nach der militärischen Intervention Russlands scheint sich eine großzügigere Haltung gegenüber der Ukraine zu entwickeln. Man muss es auch so sehen, dass sich die EU vor dem Hintergrund ständiger Streitereien um die Budgetdisziplin einiger Mitgliedstaaten sowie der Aufweichung demokratischer Standards innerhalb der EU nicht von einem externen Akteur wie der Ukraine erpressen lassen wollte. Dass die Frage der West- oder Ostorientierung der Ukraine, bzw. die Gefahr der möglichen Eingliederung Kiews in den russischen Orbit eine Angelegenheit von höherem strategischen Wert ist als etwa die Budgetdisziplin Griechenlands oder Portugals wurde dabei nicht hinreichend berücksichtigt.

4.) Österreichische Interessen

Von österreichischen Interessen zu sprechen ist freilich insofern eine schwierige Angelegenheit, weil das offizielle Verhalten der Bundesregierung und die offiziellen Doktrinen solche nicht erkennen lassen. Ernsthaft verfolgte außenpolitische Interessen, die über blumige allgemeine Schönwittersätze hinausgehen, sind nicht erkennbar. Was seinen Niederschlag in entsprechenden Dokumenten findet, ist in erster Linie „Bureaucratic Politics“: Ministerien und Dienststellen versuchen ihren Geltungs-, Bedeutungs- und Ressourcenanspruch durch die Vorgabe gewisser außenpolitischer Ziele geltend zu machen. Ist das bürokratische Geltungsinteresse gesichert, verliert der einst umworbene Gegenstand gleich an Bedeutung. Reale Politik im Sinne der Umsetzung durch konkrete Maßnahmen kommt nicht zu Stande.

Doch selbst hier ist die Region im Osten der EU nur schwach abgebildet. Dabei ließen sich einige Interdependenzen mit diesem Raum feststellen, die für eine weitere Politikgestaltung durchaus interessant wären. 2013 wurden 3,91% des österreichischen Außenhandels mit dem Raum östlich der EU und 9,74% mit den an der Ostgrenze liegenden EU-Staaten abgewickelt.^{15[15]} Damit ist die hier behandelte Region für Österreich ökonomisch gesehen wichtiger als der gesamte Mittlere Osten und Nordafrika zusammen (2,71%), oder als

^{15[15]} Daten aus: Wirtschaftskammer Österreichs, statistisches Jahrbuch 2013, S. 57-68;

Lateinamerika (1,198), Süd- und Südostasien (zusammen 2,2%), und nur knapp geschlagen von Ostasien (6,22%) und Nordamerika (4,35%). Dieser Anteil wird in den nächsten Jahren steigen, vor allem im EU-Osteuropa: von 2009 bis 2012 investierte Österreich in die EU - Ostgrenze immerhin mehr Geld als in die Wirtschaften der EU 15, bzw. 1,5 mal soviel wie nach Nord- und Südamerika zusammen, 3,2 mal soviel wie nach ganz Asien und 3,1 mal soviel wie nach Russland. Die weitere Stabilität und Prosperität der EU-Ostgrenze als Wirtschaftsraum ist aber auch von der Stabilität des Raumes östlich der EU abhängig. Über die finanziellen Chancen und Risiken österreichischer Finanzunternehmen wird an anderer Stelle in diesem Band berichtet. Der Exodus europäischer Banken aus der Ukraine nach 2010 zeigt aber umso deutlicher, wie sehr die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten von politischen Rahmenbedingungen abhängig sind. Ein Unterzeichnen des EU-Assoziierungsabkommens durch die Ukraine hätte auf Österreich weit mehr positive Rückwirkungen als z.B. die Beendigung des syrischen Bürgerkrieges. Osteuropa wäre von der Interessensseite her wesentlich wichtiger als etwa die Situation in Mali, in der zentralafrikanischen Republik oder im Kongo – alles Ziele, für die sich die Bundesregierung zumindest einzusetzen glaubt.

Steht die EU nach dem Fall der Ukraine nun vor den Scherben ihrer Ostpolitik, sollte Österreich dem Aufbau einer neuen EU-Politik gegenüber diesem Raum zumindest nicht im Wege stehen.

^{16[1]} Abgewandelt nach : Klaus Faupel, "Zum Stellenwert der Macht in der internationalen Politik: Eine systematische Übersicht über den Objektbereich," in: Peter R Weilemann, Hanns Jürgen Kusters, Günter Buchstab (Hrsg.), Spurensuche: Ein Jahrhundert in Deutschland verstehen (Festschrift für Hans-Peter Schwarz), Paderborn 1999, 481-496.

^{17[2]} Als kurze Übersicht über den Themenbereich kann nahegelegt werden: Internationales Institut für Liberale Politik Wien, Russland modernisiert sich – oder doch nicht?, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe, Heft 36/37, Wien, Dezember 2011; Maria Lipman, Nuikolai Petrov (Hg.), Russia in 2020, Scenarios for the Future, Carnegie Endowment for International Peace, Washington D.C. et.al., 2011; Richard Sakwa, Putin, Russia's choice, second edition, Routledge, London, New York, 2008; Lilia Shevtsova, Russia, Lost in Transition, The Yelzin and Putin Legacies, Carnegie Endowment for International Peace, Washington D.C., et.al., 2007;

^{18[3]} Der sogenannte „Eurasismus“ ist eine russische Spielart des europäischen Faschismus. Russland wird demnach als Zentrum einer eigenen Zivilisation, die im ewigen Wettstreit mit dem Westen liegt betrachtet. Westliche Normen wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sein partikular-westlich und in Russland nicht anwendbar. Schlimmer noch, sie dienen nur der Zersetzung des russischen Wehrwillens durch Einflussagenten Washingtons. Russland brauche eine starke, autoritäre Hand, um sich gegen den Westen zu behaupten, wieder zur Weltmacht aufzusteigen und den Orthodoxen Raum zu beherrschen. Imperialismus, Militarismus, Homophobie und latenter Rassismus prägen das Weltbild des Eurasismus. Vgl.: Alan Ingram, Alexander Dugin: geopolitics and neo-fascism in post-Soviet Russia, in: Political

Geography, Vol.20, No.8, November 2001, S.1029-1051; John B. Dunlop, Alexander Dugin's "Neo-Eurasian" Textbook and Dimitrii Trenin's Ambivalent Response, in: Harvard Ukrainian Studies, Vol.25, No.1, Spring 2001, S.91-127;

^{19[4]} Elena Servettaz, Putin's Far Right Friends in Europe, Institute of Modern Russia Online, 17.01.2014;

^{20[5]} Die Beschreibung der Lage in Moldawien fußt vor allem auf den jeweiligen Artikeln aus: Erich Reiter (Hg.), Problemlage und Lösungsansätze im Transnistrienkonflikt, Schriftenreihe zur Internationalen Politik, Band 5, Wien, Köln, Weimar, 2012;

^{21[6]} Vilnius: Now What for Georgia and Moldova?

Charnegieeuropa.eu/strategieeuropa/?fa=53696&reloadFlag=1

^{22[7]} Zur Situation in der Ukraine bis zu den Unruhen: Erich Reiter (Hg.), Entwicklungsszenarien in Osteuropa – mit Schwerpunkt Ukraine, Schriftenreihe zur internationalen Politik, Band 4, Böhlau, Wien, Köln, Weimar, 2011;

^{23[8]} Nine Years after start of Orange Revolution, Kyivans take to streets in protests of scuttled EU deal, Kyiv Post Online, 22.November 2013; Ukraine President firm over EU U-turn, amid protests, BBC News Online, 25. November 2013;

^{24[9]} Der subversive Druck bezog sich auf die Möglichkeit Russlands, durch Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft (darunter auch paramilitärisch organisierte Kosakenverbände) die inneren Unruhen zu verstärken. Sollte die Polizei auch gegen diese eingreifen, sähe sich Moskau „gezwungen“, zum „Schutz eigener Staatsbürger im Ausland“ einzuschreiten. Dass damit im Zuge bilateraler Gespräche am 20. November 2013 gedroht wurde (ein Tag vor der Aufkündigung der Verhandlungen zur Unterzeichnung der Assoziierungsankommens durch die Ukraine) wurde von einige ukrainischen Oppositionspolitikern nahe gelegt. Auch in der Vorwoche verlautbarten Sprecher des Kremls, im Falle einer Ratifizierung des EU-Assoziierungsabkommens separatistische Kräfte in der Ukraine zu unterstützen. Vgl.: Russia threatens to back Ukraine split, The Times (London) Online, 23. September 2013;

^{25[10]} Ivan Krastev, Who lost Ukraine? In: Project Syndicate, 19. dezember 2013, <http://www.project-syndicate.org/commentary/ivan-krastev-looks-at-what-is-at-stake-for-europe-and-russia-in-kyiv-s-mass-protests>
